



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/WIII/44 - 21.2.1953

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Sorgfältigste Prüfung ist hier notwendig	S. 1
Der Antiamerikanismus in Frankreich	S. 3
Vorschau auf Rom (zur Aussenministerkonferenz)	S. 4

Rundfunkgesetz mit Widerhaken

J.F.W. Auf den ersten Blick erscheint der im Bundesinnenministerium ausgearbeitete Entwurf eines "Gesetzes über die Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben auf dem Gebiet des Rundfunks" beinahe unbedenklich. Der Gedanke, für die Kurzwellensendungen ins Ausland und für die Sendungen über Langwelle, die sich vorwiegend an die Ostzone richten sollen, eine Rundfunkanstalt auf Bundesebene zu gründen, ist zweifelsohne zu bejahen. Dieser Vorschlag ist von den verschiedensten Sachkennern immer wieder gemacht worden, so dass nur zu fragen bleibt, warum das Innenministerium mit ihm gerade im gegenwärtigen Augenblick hervortritt. Die offiziell gegebene Begründung, "das Problem sei so dringlich, dass es noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages gelöst werden müsse", kann nicht überzeugen, nachdem die Bundesregierung die Arbeitsaufnahme des Kurzwellen- und des Langwellensenders ständig verzögert hat.

Es wäre schon vor einem halben Jahr möglich gewesen, mit den Kurzwellensendungen zu beginnen, wenn die Regierung nicht durch ständig neue personal-politische Forderungen künstlich Schwierigkeiten geschaffen hätte. Auch der Langwellensender könnte schon in Betrieb sein, hätte der Kanzler nicht bei den Alliierten gegen die Zuteilung einer Langwelle an die Rundfunkanstalten protestiert. Eine bundesgesetzliche Regelung für die endgültige Organisationsform dieser Sender wäre auch noch zu schaffen gewesen, nachdem die beiden Sender als Gemeinschaftsunternehmen der bestehenden deutschen Rundfunkanstalten - wie dies schon lange vorgesehen war - ihre Tätigkeit aufgenommen hätten.

Dies einleuchtende Verfahren hat die Bundesregierung nicht eingeschlagen. Hr. Lehr betont jetzt die besondere Dringlichkeit des Entwurfes. Doch sollte sich der Bundestag nicht dazu verführen lassen, auf eine sehr sorgfältige Prüfung der Vorlage zu verzichten. Sie ist umso nötiger, als der Pferdefuss des Gesetzes so sorgfältig kaschiert ist, dass er bei einer überstürzten Behandlung des Entwurfes durch den Bundestag leicht verborgen bleiben kann. Gerade auf ein solches Durchpeitschen des Gesetzes zielt die bisherige Verzögerungstaktik zusammen mit der nun plötzlich betonten Dringlichkeit aber offenbar ab.

Zwar können die Bestimmungen des Entwurfes, die sich tatsächlich

auf die Errichtung des Lang- und des Kurzwellensenders beziehen, eine brauchbare Grundlage für die Beratung des Bundestages abgeben. Einzelheiten werden freilich einer Verbesserung bedürfen. So ist die Zusammenfassung der beiden Sender in einer gemeinsamen Anstalt angesichts ihrer völlig verschiedenen Aufgaben wenig zweckmäßig. Die Zusammensetzung des aufsichtsführenden Gesamtrates ist revisionsbedürftig. Hierzu genügt der Hinweis auf die seltsamen Vorstellungen, die im Innenministerium geherrscht haben müssen, als man der Funkindustrie einen Sitz in diesem Beirat einräumte und ihr damit den gleichen Einfluß auf die Sender gab, wie z. B. den beiden Kirchen oder dem DGB. Diese Regelung ist ungefähr so sinnvoll wie sie die Vertretung der Fahrkartendruckereien im Beirat der Bundesbahn wäre. Aber dieser und manche andere Fehler des Entwurfes dürften sich beseitigen lassen. Grundsätzlich bedenklich wird er, weil das Innenministerium mit ihm den Versuch unternimmt, dem Bundestag und der Öffentlichkeit zusammen mit der Schaffung einer Organisation für überregionale Sender, die grundsätzlich zu bejahen sein wird, weitere Kompetenzen des Bundes auf dem Rundfunkgebiet schmackhaft zu machen, die keineswegs selbstverständlich sind.

Die Rechtsgrundlage des Rundfunkwesens in der Weimarer Zeit bildete das Fernmeldeanlagen-gesetz von 1928. Ein Gesetz, das die Handhabe bot, von der Technik ausgehend auf dem Verordnungswege den gesamten Rundfunk in die Hand des Staates zu bringen. Wesentliche Teile dieses Gesetzes, das seit 1945 durch die Statuten der sechs deutschen Rundfunkanstalten ebenso wie durch die im Grundgesetz festgelegte Kulturhoheit der Länder überholt ist, finden sich plötzlich in dem neuen Entwurf des Innenministeriums wieder. Es spricht dieser von rundfunkhoheitlichen Befugnissen des Postministers, er gibt der gleichen Behörde das Recht zur Lizenzierung von Rundfunkempfängern zurück und entzieht den bestehenden Rundfunkanstalten neben den Kurzwellen auch die Forschungs- und Entwicklungsarbeit.

Sicherlich wird bei der Verabschiedung eines späteren Bundesrundfunkgesetzes über diese Fragen genauso wie über eine zweckmäßige Organisation des Fernsehens zu reden sein. Hier handelt es sich aber um Probleme, die im Hinblick auf das Grundgesetz und die Erhaltung des Rundfunks von Staatsinflüssen sehr sorgfältig zu prüfen sein werden.

Sie haben auch nicht das Geringste mit dem Aufbau der Organisation für die Sender, die das Ausland und die Ostzone ansprechen sollen, zu tun. Die Tatsache, daß der Innenminister es für richtig hielt, in seinen Entwurf Bestimmungen einzuarbeiten, die mit den Anliegen des Gesetzes in keinem Zusammenhang stehen, dafür aber Vorentscheidungen zugunsten der Staatsgewalt für das spätere Bundesrundfunkgesetz treffen, entwertet den Entwurf als Ganzes. Es bleibt nur zu hoffen, daß es der Bundestag verstehen wird, die zweckmäßigen Vorschläge des Gesetzes von diesem gefährlichen Beiwerk zu befreien und sie so zu ergänzen, daß eine wirklich befriedigende überparteiliche und unabhängige Organisation für den Lang- und Kurzwellensender geschaffen wird.

+ + +

Frankreich und die neue amerikanische Regierung

G.S. - Paris

"Frankreich und Europa waren für Stevenson. Frankreich und Europa haben mit ihm die amerikanischen Wahlen verloren", stellte in der großen französischen Zeitung "Le Monde" der bekannte französische Publizist Jacques Servan-Schreiber fest. Dieser Stoßseufzer bringt recht eigentlich die Stimmung zum Ausdruck, die in den politischen Kreisen Frankreichs gegenwärtig herrscht.

Die zumeist gefühlbedingte antiamerikanische Stimmung hat sich mit dem Amtsantritt Eisenhowers verstärkt. Es sei ein "neuer Stil" in der amerikanischen Außenpolitik zu verzeichnen, wird erklärt. Zum ersten Mal wurde man sich in Paris darüber klar, als John Foster Dulles, den man hier den "Puritaner" nennt, mit den französischen Staatsmännern sprach und vollständig auf die Vorsichtsfloskeln verzichtete, die beispielsweise Dean Acheson verwandte, der sich immer scheute, brutal zu sein und Wert darauf legte, einen "diplomatischen" Ton anzuschlagen.

Aber abgesehen von den Formen: Die öffentliche Meinung in Frankreich ist einmütig gegen eine Politik, die auf die "Befreiung" (hier wird dieser Begriff nur zwischen Anführungszeichen gesetzt) der Länder hinter dem Eisernen Vorhang ausgerichtet ist. Und in Paris ist man zur Gewißheit gekommen - und diese Gewißheit wurde mit dem Besuch Foster Dulles verstärkt - daß die Vereinigten Staaten im Begriff sind, die Taktik des "containment" (der Eindämmung, nämlich des Kommunismus) durch die des "roll back" (des Zurückschlagens) zu ersetzen.

Die Situation ist für die Franzosen umso peinlicher, als sie kaum imstande sind, sich dieser Politik zu widersetzen. Man kann nicht einerseits eine Verstärkung der militärischen Hilfe der Vereinigten Staaten für Indochina fordern und andererseits die Auffassung vertreten, daß den europäischen Alliierten größere "Unabhängigkeit" gewährt werden müsse. Andererseits setzt sich in Paris mehr und mehr die Überzeugung durch, daß die neue amerikanische Regierung "auf Bonn setzt" und daß die Offensivpolitik eben in einem deutschen "Revisionsismus", d.h. in dem Versuch zum Ausdruck kommen werde, die verlorenen deutschen Ostgebiete wiederzuerobern.

Das deutlichste Resultat der bisher noch unklar formulierten

neuen amerikanischen Politik ist in Frankreich eine Verstärkung der neutralistischen Tendenzen. In allen Parteien macht sich eine Stimmung bemerkbar, die man als Furcht und böse Vorahnung bezeichnen könnte. Man ist weiterhin der Überzeugung, daß die Bedingungen eines Zusammenlebens mit Stalin ausgehandelt werden könnten, und man vernimmt mit steigender Angst aus den Vereinigten Staaten, daß es sich nicht darum, sondern um einen "Krieg gegen den Kommunismus" handle, der absolut gewonnen werden müsse.

Besonders betrüblich war in diesem Zusammenhang, was René Mayer und Bidault in London erfahren mußten. Weder zeigte sich die britische Regierung bereit, auch nur die geringsten Konzessionen bezüglich des Beitritts zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu machen, noch auch war London wirklich in der Lage, ein Versprechen bezüglich einiger Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet abzugeben.

Daß die britische Regierung mit der gleichen Sorge die neue amerikanische Außenpolitik betrachtet wie Paris, ist im Vergleich dazu ein schwacher Trost für Frankreich. Besonders schlimm aber ist, daß sich Frankreich seit dem Amtsantritt der neuen amerikanischen Regierung mehr denn je als Objekt und nicht mehr als selbständig handelnder Faktor im Weltgeschehen fühlt.

+ + +

Römische Saar - Elegie

(sp) Es ist nicht recht begreiflich, aus welchen Gründen der Anschein erweckt worden ist, als könnten von der Begegnung zwischen Adenauer und Bidault in Rom greifbare Ergebnisse erwartet werden. Kurz vor der Abreise des Bundeskanzlers ist denn auch durch das Auswärtige Amt merklich gebremst worden. Im Gegenteil, man hegt jetzt in der Koblenzer Straße die Befürchtung, daß diese erste Begegnung Adenauers mit dem neuen französischen Außenminister keinen anderen Erfolg haben werde als die Feststellung der Unvereinbarkeit der Standpunkte.

Niemand sieht im Grunde, wie man hinsichtlich der Saarfrage weiterkommen will. Wenn gesagt wird, man wolle in Rom dort weitermachen,

wo Adenauer mit Schuman im November aufhörte, so ist dies schon ein gewisses Eingeständnis, dass man nicht an die unmittelbare Einigung glaubt. Frankreich könnte warten. Es glaubt, durch die letzten Landtagswahlen das Hoffmann-Regime gefestigt zu haben. Mit der Auflösung des Industrie-Verbandes Bergbau ist das stärkste Bollwerk der deutschen Opposition beseitigt. Durch die Revision der Wirtschaftskonventionen hat Paris "guten Willen" gezeigt. Wenn eine grundsätzliche Einigung über die Saarstatut trotzdem zum Regierungsprogramm René Meyers gehört und eine solche Regelung als Vorbedingung für die Ratifizierung des EVG-Vertrages in Frankreich genannt wird, so kann daraus nur geschlossen werden, daß Frankreich jetzt die Stunde für gekommen erachtet, vollendete Tatsachen zu schaffen, die praktisch auch durch einen Friedensvertrag nicht mehr abgeändert werden können.

Im Namen Europas betreibt Frankreich eine betont nationale Politik, die von deutscher Seite unzumutbare Opfer verlangt. Das gilt hinsichtlich der Saar und auch für die französischen Abänderungswünsche zum EVG-Vertrag. Adenauer wird sich in Rom sagen lassen müssen, daß der EVG-Vertrag ohne vorherige Annahme der Zusatzprotokolle keine Aussicht auf Annahme in der französischen Kammer habe. Adenauers Professoren-Gruppe im Auswärtigen Amt hat schon durchblicken lassen, daß man die französischen Forderungen wohl schlucken müsse. Was wird Adenauer in Rom sagen ?

Alles, was in den letzten Wochen und Monaten geschehen ist, bedeutet eine klare Rechtfertigung für die Bedenken, die die sozialdemokratische Opposition von vornherein gegen die angeblichen Europa-Pläne angemeldet hat. Es erweist sich, daß es in Wahrheit gar nicht um die Schaffung Europas, sondern nur darum geht, unter dieser Firma Deutschland maximale Verpflichtungen bei minimalen Chancen aufzuerlegen. Die Opposition wird es sich angelegen sein lassen, dem deutschen Volk die Augen über diesen Ausverkauf an lebenswichtigen Interessen zu öffnen. Mit der Montan-Union wurde das Wirtschaftspotential unter die Kontrolle der anderen gebracht und schließlich soll mit der "politischen Behörde" der Bundesrepublik noch die außenpolitische Handlungsfreiheit aus der Hand gewunden werden.

Sonn wird, das ist jetzt schon sichtbar, der konsequenten Politik Frankreichs eine ebenso konsequente Politik der weichen Kniee entgegenzusetzen. Schnell den EVG-Vertrag ratifizieren, sagt man bereits, ohne zu erkennen, daß man sich damit die Pistole selbst auf die Brust setzt. Die eigentliche Verantwortung für diese Entwicklung liegt, das kann nicht übersehen werden, bei der Bundesregierung, die die Ermahnungen der Opposition an den Wind geschlagen und es verabsäumt hat, die Voraussetzungen eines deutsch-französischen Ausgleichs zu klären, bevor daran gegangen wurde, Tatsachen zu schaffen, die sich sämtlich zumungunsten Deutschlands auswirken müssen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau